

# Washington News

Nr. 13 vom 4. April 2019

- **Diese Woche in Washington**
- Handels- und Investitionshemmnisse für US-Exporte
- Widerstand gegen USMCA im US-Kongress
- SPOTLIGHT STEUERN: Studie zu Umsetzung und Auswirkungen von FATCA
- Ausnahmen zu den Zusatzzöllen auf Produkte aus China
- Möglichkeit der Grenzschließung ohne wirtschaftlichen Schaden?
- Neue Erlaubnis für Keystone-XL
- Wunderbar Together: Germany Week Chicago

## Diese Woche in Washington

Der chinesische Vize-Präsident Liu He ist in Washington, um die Handelsgespräche mit den USA weiterzuführen. Der Direktor des *National Economic Council* im Weißen Haus Larry Kudlow zeigte sich Medienvertretern gegenüber erfreut, dass die Gespräche zielorientiert fortschritten. Erstmals sei China bereit, die Themen Diebstahl geistigen Eigentums, erzwungener Technologietransfer, Cyber-Sicherheit und Marktzugang für US-Produkte zu diskutieren.

Anlässlich des 70-jährigen Jubiläums der *North Atlantic Treaty Organization* (NATO) hat erstmals ein NATO-Generalsekretär vor beiden Kammern des US-Kongresses gesprochen. In seiner Rede unterstrich Jens Stoltenberg die wichtige Bedeutung der USA für die NATO und vice versa. Die NATO stehe für eine starke transatlantische Partnerschaft, die sich nicht nur durch militärische, sondern auch durch politische und wirtschaftliche Verbundenheit auszeichne.

Mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2020 haben Senator Marco Rubio (R-FL) und Senator Chris Van Hollen (D-MD) einen aktualisierten [Entwurf](#) des *Defending Elections from Threats by Establishing Redlines Act* (DETER) eingebracht. Laut einer Pressemitteilung sendet der Gesetzentwurf eine klare Botschaft: Sollten ausländische Akteure US-amerikanische Kandidaten, Wahlkämpfe oder Wahleinrichtungen beeinflussen, müssten sie umgehend mit schwerwiegenden Konsequenzen rechnen. (cs/ch)

## Handels- und Investitionshemmnisse für US-Exporte

Der US-Handelsbeauftragte (USTR) hat seinen jährlichen *National Trade Estimate Report* [veröffentlicht](#). Der 540-seitige

## Kurzmeldungen

### Möglichkeit der Grenzschließung ohne wirtschaftlichen Schaden?

Präsident Trump hat erneut die Möglichkeit in Erwägung gezogen, die südliche Grenze der USA zu schließen. Die nationale Sicherheit sei ihm wichtiger als Handel, auch wenn mit negativen Effekten für die Wirtschaft zu rechnen sei. Seit seiner ersten Drohung, die Grenze zu schließen, habe Mexiko aber seine Bemühungen verbessert, Migranten aus Zentralamerika von der Einreise in die USA abzuhalten. Sollte Mexiko nicht in diesem Sinne weiter agieren oder er keine Einigung mit dem US-Kongress finden, werde die Grenze geschlossen, so Trump.

Bericht stellt im Detail Handels- und Investitionshemmnisse für US-Exporte in den wichtigsten Märkten dar, u.a. der Europäischen Union, China, Mexiko und Kanada. Die EU wird in dem Bericht in erster Linie für Hemmnisse im Bereich des digitalen Handels kritisiert. Die Umsetzung der *General Data Protection Regulation* (GDPR) wird als unverhältnismäßiges Handelshemmnis gesehen, da Datenflüsse außerhalb der EU limitiert würden. Die von der EU-Kommission geplante Digitalsteuer habe das Potenzial, US-Exporte von Gütern und Dienstleistungen zu drosseln. Der Bericht bezeichnet zudem die Vergeltungszölle der EU auf US-Güter als unrechtmäßig. Die EU wird aufgefordert, gemeinsam mit den USA die globalen Überkapazitäten im Stahl- und Aluminiumbereich abzubauen.

Auch China wird besonders im Bereich Digitalhandel kritisiert. Die strikte Internetkontrolle und die Blockierung von Webseiten seien schädlich für US-Unternehmen. Beschränkungen beim Cloud-Computing wirkten ebenso wettbewerbsverzerrend, insbesondere die Joint-Venture-Pflicht für ausländische Cloud-Dienstleister, die in den chinesischen Markt eintreten wollen. Der Bericht kritisiert ferner die chinesischen Vergeltungszölle auf US-Güter und Chinas Überkapazitäten in den Stahl- und Aluminiumbranchen. Als übergeordnetes Ziel für 2019 definiert der Bericht die weltweit striktere Durchsetzung von US-Handelsvorschriften. (kw)

---

## Widerstand gegen USMCA im US-Kongress

Der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer hat sich mit dem *Congressional Progressive Caucus* (CPC) der Demokraten im US-Kongress getroffen. Erneut forderten die Demokraten, dass die Verhandlungen zwischen den drei Ländern USA, Mexiko und Kanada um das Freihandelsabkommen USMCA neu geöffnet werden müssen. Der jetzige Text des Abkommens zeige Schwächen, insbesondere bei der Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten. Mexiko müsse höhere Arbeitsnormen einführen. Solange dies im eigentlichen Verhandlungstext nicht verankert sei, könne die US-Administration nicht mit der Unterstützung der progressiven Demokraten im US-Kongress rechnen, so der Co-Vorsitzende des Caucus Mark Pocan (D-WI). Weitere Gründe, die Verhandlungen neu zu öffnen, lägen im Umwelt- und Pharmaziebereich. Die Sprecherin des Repräsentantenhauses Nancy Pelosi (D-CA) unterstrich, dass die Durchsetzungsmaßnahmen im eigentlichen Text festgehalten werden müssen. Lediglich Verwaltungsvorschriften zur Implementierung des Abkommens seien nicht wirksam genug.

Auch im republikanisch kontrollierten Senat ist eine Verabschiedung des USMCA-Abkommens nicht gewiss. Der Vorsitzende des Finanzausschusses Chuck Grassley (R-IA) hat warnende Worte an Präsident Trump gerichtet, dass zuerst die Zölle auf Stahl und Aluminium aus Mexiko und Kanada aufgeboben werden müssten, bevor der Senat das Abkommen verabschieden könne. Nur ohne diese Zölle könne USMCA als wirkliches Freihandelsabkommen bezeichnet werden. (cs)

Der Direktor des *National Economic Council* im Weißen Haus Larry Kudlow sagte, die Administration suche derzeit nach Möglichkeiten, wie weiterhin Güter, aber nicht mehr Personen die Grenze überqueren können. Er zeigte sich zuversichtlich, dass man so das Einwanderungsproblem in den Griff bekäme, ohne der Wirtschaft Schaden zuzufügen. (cs)

---

## Neue Erlaubnis für Keystone-XL

US-Präsident Donald Trump hat am 19.03. den Bau der Keystone-XL-Pipeline [genehmigt](#). Er setzt sich somit über das *State Department* (DOS) hinweg, das Ende letzten Jahres einer erneuten Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) zugestimmt hatte (vgl. WN 42/2018). Es wird erwartet, dass Umweltschützer gegen die Genehmigung aus dem Weißen Haus klagen werden. (kw)

---

## Wunderbar Together: Germany Week Chicago

Feiern Sie die deutsch-amerikanische Freundschaft mit der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer, dem Goethe Institut sowie dem Generalkonsulat Chicago. Besuchen Sie die [Germany Week in Chicago](#) und erleben Sie das Beste der deutschen Kultur, Küche und Wirtschaft vom 26. April bis zum 5.

## SPOTLIGHT STEUERN: Studie zu Umsetzung und Auswirkungen von FATCA

Gemäß des *Foreign Account Tax Compliance Act* (FATCA) müssen ausländische Finanzinstitute – um Strafmaßnahmen zu vermeiden – die Daten und das Vermögen von US-Steuerzahlern an die US-Steuerbehörde (IRS) übermitteln. In einer aktuellen [Studie](#) des *Government Accountability Office* (GAO) heißt es, dass die Implementierung von FATCA auf Schwierigkeiten stoße, da ausländische Banken und Finanzinstitute oftmals nur unvollständige oder ungenaue Daten lieferten. Die IRS könne dann diese Daten mit den Steuererklärungen der US-Steuerzahler nicht ordentlich abgleichen. Zudem würden einige Daten lediglich in Papierform gesandt und könnten somit nicht in den elektronischen Datenbanken der IRS verarbeitet werden.

Viele der im Ausland lebenden US-Bürger sähen sich mit Schwierigkeiten aufgrund von FATCA konfrontiert. Einige ausländische Finanzinstitute hätten Konten von US-Steuerzahlern geschlossen oder ihnen die Eröffnung neuer Konten verweigert. Laut Angaben des US-Außenministeriums sei die Anzahl von US-Bürgern, die ihre Staatsbürgerschaft aufgegeben haben, von 1.601 im Jahr 2011 auf 4.449 im Jahr 2016 gestiegen. FATCA wird als einer der Gründe dieses Anstiegs gesehen. (ch)

Mai auf dem Daley Plaza in Downtown Chicago. Die Germany Week findet im Rahmen von *Wunderbar Together* statt, eine gemeinschaftliche Initiative, die vom Auswärtigen Amt finanziert, vom Goethe Institut realisiert und vom Bundesverband der Deutschen Industrie unterstützt wird. (cs)



## Ausnahmen zu den Zusatzzöllen auf Produkte aus China

### Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer hat im Gesetzblatt vom 25. März 2019 Ausnahmen von den am 6. Juli 2018 verhängten Schutzzöllen von 25 Prozent auf Produkte mit Ursprung in China im Wert von 34 Milliarden US Dollar angekündigt. Es handelt sich um 33 Produkte der Kapitel 84, 85, 86 und 90 des US-Zolltarifs. Die Ankündigung mit einer Liste der zehnstelligen US-Unterpositionen und Warenbeschreibungen der betroffenen Produkte finden Sie [hier](#). Die Ausnahmen beziehen sich auf Produkte, für die US-Unternehmen Ausnahmeregelungen im Rahmen eines von Lighthizer angestoßenen Antragsverfahrens beantragt hatten. Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)



Audi



Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

## Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

### Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

[publications@rgit-usa.com](mailto:publications@rgit-usa.com)

### Redaktion:

Daniel Andrich

Die Washington News  
erscheinen wöchentlich  
und berichten über aktuelle  
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:  
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2019

All material is protected by  
copyright law of the United States

---

### **DISCLAIMER**

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

**[For German trade and investment visit  
www.germanbusinessmatters.com](http://www.germanbusinessmatters.com)**

